

Die Rechnung für „Net Zero“ wird fällig

geschrieben von Andreas Demmig | 30. August 2026

Cap Allon

Großbritannien war billige erneuerbare Energie versprochen worden. Stattdessen hat das Land eines der weltweit teuersten Stromsysteme aufgebaut, wobei die Kosten für grüne Politik in Milliardenhöhe auf die Steuerzahler abgewälzt wurden – wo sie nicht gleich zu erkennen sind.

Die von der Regulierungsbehörde Ofgem festgelegte Preisobergrenze stieg im Juli um 13 %. Eine weitere Erhöhung dieser Obergrenze um 4 % tritt am 1. Oktober in Kraft. *Cornwall Insight* prognostiziert für Januar eine erneute Erhöhung um 9 %. Kumuliert ergibt dies einen Anstieg von 28,1 % innerhalb von sechs Monaten. Und die Erhöhung im Oktober erfolgte trotz der Entscheidung der Regierung, die Mehrwertsteuer auf Haushaltsstrom zu streichen – eine vorübergehende Maßnahme, die einem durchschnittlichen Haushalt eine Ersparnis von etwa 45 Pfund pro Jahr bringt.

Auch die Großhandelspreise für Gas tragen zu den jüngsten Preiserhöhungen bei.

Doch das britische Stromproblem reicht weit über den aktuellen Konflikt im Nahen Osten hinaus.

Im Jahr 2024 waren die Industriestrompreise im Vereinigten Königreich die höchsten unter den 25 Ländern der IEA Internationalen Energie Agentur, die entsprechende Daten gemeldet hatten. Für große und sehr große Industriekunden lagen sie mehr als doppelt so hoch wie der Medianwert der EU-14-Staaten und des Vereinigten Königreichs.

Jahrelange Subventionen für erneuerbare Energien, der Netzausbau und die zunehmend kostspielige Netzstabilisierung (Balancing) haben die Kosten für britischen Strom in die Höhe getrieben.

Eine im Juli veröffentlichte Studie des UK Energy Research Centre ergab, dass die durchschnittlichen Stromrechnungen privater Haushalte zwischen 2015 und 2025 real um 325 Pfund gestiegen sind. Allein ältere Subventionen für erneuerbare Energien machten 85 Pfund – oder 26 % – dieses Anstiegs aus; das ist mehr als die 81 Pfund, die im selben Zeitraum auf die Großhandelskosten für Brennstoffe entfielen.

Regierungsangaben zufolge entfallen 23 % einer typischen Stromrechnung auf die Netzinfrastuktur, weitere 5 % auf Kosten für die Netzstabilisierung und 9 % auf explizite politische Kosten. Die Kosten für die Netzstabilisierung sind unter anderem deshalb gestiegen, weil Netzengpässe den Netzbetreiber NESO dazu zwingen, Windparks an einem

Standort für das Abschalten zu bezahlen, während gleichzeitig Erzeuger – meist Gaskraftwerke – an anderer Stelle für das Hochfahren der Produktion vergütet werden.

Selbst dieser Anteil von 9 % für politische Kosten unterschätzt die finanzielle Belastung durch die grüne Energiepolitik, da die Förderung kohlenstoffarmer Erzeuger im Rahmen von Differenzverträgen (Contracts for Difference) von der Regulierungsbehörde Ofgem den Großhandelskosten und nicht den politischen Kosten zugerechnet wird.

Ein weiterer Kniff besteht darin, dass ein Großteil dieser Kosten mittlerweile aus dem direkten Blickfeld verlagert wird.

Seit April hat die Regierung 75 % der Kosten für die „Renewables Obligation“ (eine Verpflichtung zur Nutzung erneuerbarer Energien) bei Haushaltskunden von der Stromrechnung auf den Staatshaushalt – also auf die Steuerzahler – übertragen. Dieses Volumen beläuft sich auf 7 Milliarden Pfund über einen Zeitraum von drei Jahren. Die Subvention ist nicht weggefallen; sie wird nun vom Steuerzahler finanziert.

Dieser Schachzug erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem die Steuerlast in Großbritannien selbst auf ein historisches Hoch zusteuert:

- Die Steuerquote sank 1993 auf ein Tief von 27,4 % des BIP und bewegte sich Mitte der 1990er Jahre weiterhin im Bereich von knapp unter 30 %.
- Das OBR prognostiziert nun einen Anstieg auf 38,5 % bis zum Wirtschaftsjahr 2030/31.
- Gleichzeitig vertreibt Großbritannien Investitionen in verlässliche heimische Energiequellen.

The Telegraph News Sport Business Money Travel Tools Opinion Ukraine Health Recommended

Economy Companies Markets Tech

We'll never invest in Britain again, says FTSE oil giant

UK's 'crazy' politics has 'done a lot of damage' to its growth, warns Hunting's chief executive



Jonathan Leake
Energy Editor
[Show biography](#) ✓

Published 24 August 2026
8:41am BST

The boss of one of Britain's oldest energy companies has said it will never invest in the UK again because of the country's "crazy" politics.

Jim Johnson, Firmenchef eines der ältesten Energieunternehmen Großbritanniens erklärte, sein Unternehmen werde aufgrund der „verrückten“ Politik des Landes nie wieder in Großbritannien investieren.

Er erklärte, Großbritannien sei „uninvestierbar“ geworden und warnte, Andy Burnhams Hoffnungen auf einen Wiederaufbau der Industrie seien aufgrund von Strafsteuern auf Öl und Gas sowie unvorhersehbaren politischen Entscheidungen zum Scheitern verurteilt.

Herr Johnson sagte: „Die Realität ist, dass Großbritannien für Investoren unattraktiv geworden ist. Alles, was Ihre Politiker getan haben, hat mir gezeigt, dass wir ihnen nicht vertrauen können. Warum sollte ich also hier eine große Investition tätigen?“

„Das wird niemals passieren – Großbritannien ist weniger attraktiv für Investoren als Venezuela.“

Die Betreiber in der Nordsee gerieten unter Druck, nachdem der ehemalige Schatzkanzler Rishi Sunak eine Sondersteuer von 38 Prozent auf Öl- und Gasgewinne eingeführt hatte, die später von der Labour-Partei auf 78 Prozent erhöht wurde. Die Branche leidet zudem unter einem Verbot neuer Bohrungen, das von Ed Miliband, damals Energieminister, verhängt wurde.

Dies geschieht, nachdem Hunting, eines der ältesten an der Londoner Börse notierten Unternehmen, im vergangenen Jahr Dutzende Mitarbeiter entlassen und 80 Prozent seiner britischen Geschäftstätigkeit eingestellt hat .

<https://www.telegraph.co.uk/business/2026/08/24/never-invest-in-britain-again-says-ftse-oil-giant/>

Schlimmer noch: Norwegen sieht davon ab, die Versorgungslücke zu schließen.

Jahrelang wurden Norwegens riesige Wasserkraftspeicher als „grüne Batterie“ für Europa vermarktet – fähig, Ausfälle bei der Wind- und Solarstromerzeugung anderswo auszugleichen. Der norwegische Energieminister Terje Aasland bezeichnet diese Vorstellung nun als „fehlerhaft“.

Norwegen wird keine neuen Strom-Interkonnektoren bauen. Die Speicherkapazitäten sind begrenzt, und die Aussetzung der norwegischen Verbraucher gegenüber volatilen europäischen Strompreisen hat zu wachsendem politischen Widerstand geführt.

Ein Interkonnektor ist kein Kraftwerk. Und Großbritannien kann Phasen mit wenig Wind und Sonne nur dann mit importiertem Strom überbrücken, wenn ein anderes Land genau zur gleichen Zeit über freie, verlässliche Erzeugungskapazitäten verfügt.

Doch die Strategie Großbritanniens sieht vor, immer mehr Anlagen zur fluktuierenden Stromerzeugung zu bauen, massiv in den Ausbau und den Ausgleich des Stromnetzes zu investieren, Investitionen in heimisches Öl

und Gas zu bestrafen, stärker auf ausländischen Strom zu setzen – und Subventionen für erneuerbare Energien in das Steuersystem zu verlagern, sobald die Stromrechnungen politisch unangenehm werden.

Link:

https://electroverse.substack.com/p/summer-cold-sweeps-iberia-the-net?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email

(Zahlschranke)